

Udo Di Fabio

Wie reagiert Demokratie auf den Wandel der Öffentlichkeit?

Vortrag im Rahmen der 56. Bitburger Gespräche

Mainz, 10.-11.01.2013

I.

1. Die neuzeitliche Demokratie übersetzt die Idee der griechischen Polis für die nationale und territoriale Staatenwelt. Dabei wird die Agora, jene attische Volksversammlung freier und mündiger Männer¹, im Raum des Parlaments nachempfunden: Hier treffen sich die gewählten Repräsentanten des Volkes als Volksversammlung, beraten, entscheiden, geben Gesetze. Doch Repräsentation reicht nicht, um die Unmittelbarkeit und die Erfahrung einer Selbstregierung des Volkes zu vermitteln. Das gelingt nur über eine tagtägliche Extrapolierung des Geschehens vom Parlament und von der Regierung hinein in einen konstruierten Raum, den wir als Öffentlichkeit bezeichnen und der als öffentliche Meinung zu einem unsichtbaren, aber wirkmächtigen Mitspieler politischer Entscheidungsprozesse wird.²

In gewisser Weise waren die adeligen und bürgerlichen Salons³, die gedruckten Nachrichten und die Gesellschaftsblätter schon im Übergang zum Zeitalter der Aufklärung wesentliche Bestimmungsfaktoren, die die Idee von territorial großflächiger Demokratie innerhalb eines sprachlich erschließbaren diskursiven Raumes plausibel machten.⁴ Die Konstruktion einer Öffentlichkeit, die sich jeden Tag aufs Neue herstellt, hat eine Besonderheit: Sie versteht sich als Einheit der Gesellschaft und formuliert Wahrheits- und Moralansprüche eines rasonierenden Publikums, das für *Kant* ein Probestein des „Fürwahrhaltens“ ist, also dessen, was „für jedes Menschen Vernunft gültig“ zu befinden sei.⁵ Die funktional ausdifferenzierte Gesellschaft, die die Wirtschaft autonom neben Wissenschaft, Recht und Politik stellt, sucht einen Ort der Einheit. Dafür differenziert sie spezialisierte Formen aus. Die Einheit der modernen Gesellschaft ressortiert nicht etwa im politischen System, dort findet sie nur symbolisch statt. Wäre dies

¹ *Jochen Bleicken*, Die athenische Demokratie, 4. Auflage 1986, S. 190.

² Das kann man kritisieren, aber nicht bestreiten, siehe bereits: *Ferdinand Tönnies*, Kritik der öffentlichen Meinung, 1922.

³ *Albert Kaltenthaler*, Die Pariser Salons als europäische Kulturzentren, 1960.

⁴ Zur Entwicklung der Presse von Beginn der frühen Neuzeit: *Rudolf Stöber*, Deutsche Pressegeschichte, 2005.

⁵ *Jürgen Habermas*, Strukturwandel der Öffentlichkeit, 1962, S. 133, zitiert hier den Königsberger aus der Schrift „Vom Meinen, Wissen und Glauben“.

anders, hieße das die funktionale Ausdifferenzierung zurückzunehmen und die autonomen Freiheiten der anderen Systeme zu gefährden, wie das der politische Totalitarismus des 20. Jahrhunderts belegt oder vielleicht entdifferenzierende Tendenzen des 21. Jahrhunderts befürchten lassen.

Die Öffentlichkeit ist demnach nicht nur ein kontrollierender, mitlaufender Agent einer in die Sphäre der Gesellschaft hinein erweiterten Gewaltenteilung („Vierte Gewalt“)⁶. Öffentlichkeit ist auch eine dem Wissenschaftssystem sich anverwandt föhlende Wahrheitsagentur, eine dem Wirtschaftssystem sehr nahestehende Informationshandelsstelle, eine der Religion ähnelnde Instanz für moralische Fragen, ein Forum für Rechtsfragen und natürlich für Angelegenheiten des politischen Prozesses, der hier seine eigentliche Reflexionsbühne findet. Alles zusammengenommen sieht es so aus, als konstruierten die Massenmedien die Einheit einer Gesellschaft, die in ihrer Struktur ohne Zentrum und ohne Einheit ist.⁷

Jeder, der sozusagen aus seinem speziellen Funktionssystem auf die Massenmedien schaut, ist natürlich permanent empört über die Defizite der Nachrichtenauswahl, der Angemessenheit und Richtigkeit des Publizierten – und doch liest jeder Politiker, jeder Unternehmensvorstand, jede Max-Planck-Forscherin, jeder Bischof, jede Verfassungsrichterin, was gerade über seine und ihre Profession berichtet wird. Die Kontakte sind unterschiedlich dicht, aber nirgendwo fehlt die Presseabteilung. Wer frei bleiben will, muss mit dem Einheitsvermittler, der über den Fortbestand der Autonomie richtet, sich gut stellen.

2. Der schwerfällige und unvorhersehbare Diskurs der Agora wurde in diesem Nachrichtenraum verstetigt und durch den gebildeten, oder jedenfalls professionellen Journalismus sowie durch das Verlagswesen mit verlegerischen Richtungsentscheidungen vor allzu großen Überraschungen oder ständigen Interdependenzunterbrechungen abgesichert. Weil Presse immer zuerst Presse liest oder antizipiert, bevor sie ihren Kontakt zur Wirklichkeit sucht und als Publikation transformiert, kann sich ein mediales System, gegründet auf Neuigkeitswert, fest etablieren und sich mit eigenen Konsistenzprüfungen auch operativ schließen.⁸ Man kann massenmediales Geschehen der sogenannten Printmedien und des später hinzutretenden Rundfunks als „Umarbeitung von Irritation in Information“⁹ verstehen und damit auf die Selbstbezüglichkeit massenmedialer Operationen hinweisen, die einen eigenen, selbstreferentiellen Zyklus bilden, der mit dem Anlass (Irritation) nur lose gekoppelt ist.

„Themenkarrieren“, die einem festen Verlaufsmuster folgen,¹⁰ sind dort zwangsläufig und auch von Journalisten nur in Grenzen steuerbar. Ein Thema folgt somit mehr einer Informationsmode mit Aufstieg, Crescendo, Zenit und dem unvermeidlichen Abstieg im Informationsinteresse, wenn das Thema als „durch“ gilt und unter Neuigkeitsgesichtspunkten nichts mehr hergibt. So konnte jüngst etwa beobachtet werden, dass die Probleme der europäischen Staatsschuldenkrise zwar alles andere als gelöst sind, aber nachrichtentechnisch der Zenit dennoch bereits vor objektiven Entspannungszeichen überschritten war. Die Medien lösen sich demnach von einer soeben zentrierten Wirklichkeit und suchen neue Aufmerksamkeitsfelder: Gestern waren es die Schweinegrippe (Gibt es die Erreger eigentlich noch?) oder das Waldsterben, das ins Bizarre übertrieben worden ist¹¹, ohne später zu erklären, was sich geändert oder wer sich geirrt hat. Die Massenmedien sind vermutlich – ich wünschte, ich könnte das mit *Niklas Luhmann* diskutieren –

⁶ Diese objektive Funktion für die Demokratie führt im Fall der Grundrechte des Art. 5 Abs. 1 GG nicht zu einer Relativierung subjektiver Verfügungsmacht, sondern zu einer Geltungsverstärkung im Vorgang der Abwägung mit anderen Grundrechtspositionen, siehe *Schmidt-Jortzig*, Meinungs- und Informationsfreiheit, in: HStR Bd. II, § 162 Rdnr. 11.

⁷ Einheitsverlust bedeutet, dass die Einheit der Gesellschaft zwar aus verschiedenen Perspektiven thematisiert werden kann, aber eben nicht mehr „konkurrenzfrei“: Siehe *Peter Fuchs*, Die Erreichbarkeit der Gesellschaft, 1992, S. 89.

⁸ *Niklas Luhmann*, Die Realität der Massenmedien, 2. Auflage 1996, S. 19.

⁹ *Niklas Luhmann*, Die Realität der Massenmedien, 2. Auflage 1996, S. 27.

¹⁰ *Niklas Luhmann*, Die Realität der Massenmedien, 2. Auflage 1996, S. 28 f.

¹¹ „Der Wald stirbt“, so der Titel der SPIEGEL Ausgabe 47/1981. Siehe dazu: *Rudi Holzberger*, Das sogenannte Waldsterben. Zur Karriere eines Klischees. Das Thema Wald im journalistischen Diskurs, 1995.

kein so klar ausdifferenziertes Funktionssystem wie Wissenschaft oder Wirtschaft, aber eine operative Schließung und Selbstbezüglichkeit nach Art eines Funktionssystems muss jeder Analyse zugrunde gelegt werden, wenn sie nicht hoffnungslos unterkomplex sein will.

3. Die moderne Vorstellung von Demokratie stellt ihrerseits eine wirkmächtige Einheitspräention dar, obwohl die durch die Verfassung und insbesondere die Grundrechte begrenzte Politik in struktureller Kopplung zum Recht auch nur ein Funktionssystem der Gesellschaft ist. Für die Demokratie und ihr Einheitspostulat ist die Herstellung von Öffentlichkeit grundlegend. Seit der amerikanischen Unabhängigkeit und der französischen Revolution wird die öffentliche Meinung nicht nur zu einem mitspielenden Akteur nach Art eines Rechnungshofs, sondern zu einem Ort des *volonté générale*, zum schwebenden Geist der öffentlichen Vernunft¹², „des Souveräns Seele“, solange das Volk nicht in Wahlen oder Abstimmungen selbst und unmittelbar zu sprechen vermag. In den letzten 200 Jahren erlangte deshalb die Presse im politischen System eine zentrale Position. Die wesentlichen Meinungsbildner, große Verleger, Journalisten wurden beobachtende Mitspieler des politischen Geschehens, die in unserer Zeit von Medienkanzlern hofiert werden, wo sie noch der erste und eiserne Kanzler geblendet, überrumpelt oder manchmal schlicht bestochen hatte. Die Presse garantiert die paradigmatische Konsistenz der Öffentlichkeit, war und ist ihr text- und bildgebendes institutionelles Zentrum. Vor allem die Tagespresse mit ihrem politischen Nachrichtenteil wurde der maßgebliche öffentliche Raum: Hier muss ein Politiker erscheinen, wenn er dem Wähler vertraut werden will, hier sollte er nicht erscheinen, wenn schlechte Nachrichten oder Skandale nach Verantwortlichen rufen lassen. Die bislang vorherrschenden Druck- und Bildmedien sind insofern mit dem politischen Machtsystem sehr eng strukturell gekoppelt, ohne miteinander zu verschmelzen. Jede Sichtbarkeit von unzulässigen Grenzüberschreitungen wird als „Datenkorruption von Anwendungsprogrammen“ wahrgenommen: Anrufe von regierenden Politikern in Redaktionsstuben, um Nachrichten zu verhindern, sind ebenso skandalträchtig, wie gezielte Medienkampagnen, um einen politischen Machtwechsel „herbeizuberichten“, wobei in beiden Fällen nicht alles auffällt oder kommuniziert wird.

Die strukturelle Kopplung von Öffentlichkeit und politischer Macht in der Demokratie ist jedenfalls beiderseitig bedingend und konstitutiv. Die Demokratie braucht den massenmedial organisierten und damit geordneten öffentlichen Raum demnach nicht nur als Kontrollinstrument gegen verdeckten Machtmissbrauch, sondern um überhaupt als Demokratie sichtbar und wirksam werden zu können.

II.

Bis vor Kurzem hat man solche Zusammenhänge zum Anlass genommen, immer wieder von der demokratischen Verantwortung der Journalisten zu sprechen und von ihnen eine Art kritischer Volkspädagogik zu verlangen. In der Geste der Aufklärung sollte nicht nur kritisch über politische Herrschaft in Regierung, Verwaltung und Parteien berichtet, sondern auch ganz allgemein ein Kampf gegen Ressentiments, Engstirnigkeit und traditionelle Moralvorstellungen aufgenommen werden. Presse also an der Spitze des Fortschritts, Teil der modernen Gestaltung der Welt, nach den Maßstäben der Vernunft, die im öffentlichen Raum kommuniziert und jeweils als normativ gültiges Urteil formuliert wird: Das war und das ist die klassische Funktion der öffentlichen Meinung.¹³

¹² Insofern dem absoluten Geist *Hegels* entsprechend, aufklärerisch, moralisierend und als seiner selbst gewisser Geist die Funktion der Kunst wie des Religiösen und der Wissenschaft in gewisser Weise notwendig usurpierend. *Hegel*, *Phänomenologie des Geistes*, VI. C. Siehe auch *Torsten Liesegang*, *Öffentlichkeit und öffentliche Meinung. Theorien von Kant bis Marx (1780-1850)*, 2004, S. 244 f.

¹³ *Torsten Liesegang*, *Öffentlichkeit und öffentliche Meinung. Theorien von Kant bis Marx (1780-1850)*, 2004, S. 87 ff.

Die Verhältnisse haben sich inzwischen aber so sehr geändert, dass viele den eingetretenen Wandel als dramatisch empfinden. Die Öffnung staatlich umgrenzter Kulturräume, die Durchsetzung des Prinzips individueller Freiheit, offene Märkte, fluktuierende Familienverbände, Migration, der Verlust an religiösen Bindungen, das vorherrschende Handeln in wirtschaftlichen Rationalitätsstrukturen: All das hat bereits das alte Bild des aufklärenden Journalisten zwar nicht falsch, aber unzureichend werden lassen. Als nicht mehr angemessen gilt auch ein Verständnis von Meinungsfreiheit, die ihren zentralen Wert aus der Gewährleistung von Transparenz staatlicher Herrschaft beziehen soll.

Das übliche Bewertungsmodell der Presse- und Meinungsfreiheit setzt kulturelle Rahmenbedingungen und eine politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung voraus, die so – und das heißt im Sinne eines Minimums an erfahrbarer Konsistenz – angeblich nicht mehr bestehen. In diese offene Flanke greift der digitalisierte Raum des Netzes, mit einer neuen, einer emergenten Ordnung, geprägt durch dezentralisierte, globalisierte Vernetzung und spontane Ordnungsbildung durch neue strategische Akteure, die den tosenden Wasserfall des informationellen Überflusses in wirtschaftliche, politische oder moralische Zweckrichtungen hinein zu lenken versuchen.

Das Netz steht potentiell für ein neues Einheitsforum, aber mehr noch für die Wirklichkeit einer neuen *Fragmentierung*. Was bedeutet eigentlich Fragmentierung? Bei der Nutzung eines Rechners kennen wir die Fragmentierung als ungeordnete Zergliederung eines Speichers. Gesellschaftlich ist eine grenzerzeugende Bildung von Gruppen und Ideen gemeint, die nicht harmonisch ineinandergreifen, noch nicht einmal spannungsgeladen interagieren, sondern deren Perspektiven unverbunden nebeneinander stehen, die sprachlos sind¹⁴: Zerfall der Perspektive und des Diskursraumes durch Plurifizierung und Beliebigkeit. Schon Kubismus und Futurismus haben vor einem Jahrhundert eine Gesellschaft sowohl nach – als auch vorweg – empfunden, die untereinander in der Sicht auf die Dinge fragmentiert ist, die sich in Teilfunktionen mit je eigenen Perspektiven gliedert, deren Akteure sich jeweils aus ihrer eigenen Spiegelung nur als das erkennen, was sie aus sich heraus erkennen können, sie sehen das als real, was der andere für sie sein soll, während der andere sie ganz anders, nämlich in seiner eigenen bruchstückhaften Perspektive sieht. Die moderne Gesellschaft kann mit solcher Fragmentierung von Weltentwürfen ein ganzes Stück weit umgehen, weil ihr ein abstrakteres Prinzip als die konkret harmonische Ordnung zugrunde liegt, die von Soziologen „funktionale Differenzierung“ genannt wird¹⁵, aber eben doch auch auf alltagskulturelle Einheitsleistungen in der Ontogenese der modernen Persönlichkeitsentwicklung¹⁶ angewiesen bleibt.¹⁷

Die moderne westliche Gesellschaft¹⁸ universalisiert ihre Nomenklatura und fragmentiert die Perspektiven, macht alles vom jeweiligen Blickwinkel abhängig, nivelliert zugleich das Kommunizierbare und vergrößert den Raum des Unsagbaren. Auch Wahrheit wird abhängig von dem alltagskulturellen Rahmen und den grob gerasterten Zuweisungen der jeweiligen Welterklärung, die früher jeweils im Blick auf den anderen – und ihn dessen bezichtigend – Ideologie genannt wurde. Hier greifen traditionell beim Publikum und bei den Medienschaffenden die Einstellungen ineinander. Wenn dem Volontär gesagt wird, einen bestimmten Artikel dürfe man so nicht schreiben, weil das dem Publikum nicht zugemutet werden könne, oder weil ein solches Thema keinen Menschen interessiere, dann prognostiziert man den Empfängerhorizont der Leser und schließt von eigenen Alltagserfahrungen und Einstellungen auf die der anderen. Fast alles wird in diesem Sinne generalisiert und in Bewertungsschablonen verpackt. Klischees

¹⁴ Gegen übliche Universalisierungs- und Gleichheitserwartungen lässt sich immer wieder aufs Neue eine Fragmentierung von sozialen Strukturen beobachten wie zum Beispiel in der städtebaulichen Entwicklung, *Thomas Pohl*, *Entgrenzte Stadt: Räumliche Fragmentierung und zeitliche Flexibilisierung in der Spätmoderne*, 2009, S. 241 ff.

¹⁵ *Niklas Luhmann*, *Soziale Systeme*, 1984, S. 624 ff.

¹⁶ *Jean Piaget*, *Die geistige Entwicklung des Kindes*, 1944; ders. *Urteil und Denkprozess des Kindes*, 1972.

¹⁷ *Di Fabio*, *Die Kultur der Freiheit*, 2005.

¹⁸ Zur Vorstellung westlicher Gesellschaftstypen: *Alastair Bonnett*, *The Idea of the West. Culture, Politics and History*, Basingstoke/New York 2004.

werden zu einer Notwendigkeit gemeinsamen Erlebens, so wurde jahrzehntelang zum Beispiel über Beamte oder den Status von Abgeordneten so berichtet, dass ein negativer Grundton und eine prononciert kritische Haltung den Bericht prägen; der Beifall des überwiegenden Publikums war somit sicher.

Man kann solche Vorgänge als notwendige Ordnungsbildung sehen und dann die Netzöffentlichkeit als degenerierte und zersetzende Informationswelt interpretieren, die den für die Demokratie strukturell notwendigen Trabanten der mit sittlicher Urteilskraft befähigten *public opinion* zerstört. Man kann jedoch auch umgekehrt die Ordnungsleistungen und Strukturierungen der Massenmedien als Bevormundung, als Korsett des politisch Korrekten, als Teil eines elitenbasierten Herrschaftssystems wahrnehmen. Dann wäre das Netz die technisch angemessene Antwort auf die hergebrachte Vernetzung der politischen, wirtschaftlichen und intellektuellen Eliten in jener Wärmstube des aufgeklärten Salons, die wir seit dem 18. Jahrhundert ungebrochen und paradigmatisch für den maßgeblichen Ort der gesellschaftlichen Vernunft halten.

III.

Die Demokratie wird in der Tat das digitale Netz überwiegend als Bereicherung und danach erst als Risiko sehen müssen. Die Quellen des Wissens, die Nachrichten sind offener, die Weitergabe von Informationen und die Meinungskundgabe ist im Vergleich zu Zeitungen und Fernsehangeboten radikal dezentralisiert und dem Netzteilnehmer unmittelbar interaktiv zugänglich, mit *Open-Source*- und *Open-Content*-Projekten.¹⁹ Natürlich braucht man wie überall technisches Wissen, Bildung und Erfahrung, um damit umgehen zu können, so dass die Ungleichheiten der Gesellschaft durch das Netz keineswegs verschwinden, vielleicht sogar im Vergleich zur nivellierenden Kraft der Presse und des Rundfunks zunehmen werden. Sieht man das Netz nicht nur kulturkritisch als recht stumpfsinnige Schwarmintelligenz²⁰, als Chaos und Heimatuniversum des „*Shitstorms*“, dann wird man recht nüchtern einen neuen Gesellschafter im Kreis der Aktionäre des öffentlichen Raumes begrüßen. Die herkömmliche Landschaft würde nicht unbedingt hinweggefegt, zersetzt oder marginalisiert, sondern vor allem ergänzt, herausgefordert, geöffnet, aber auch einem Verdrängungswettbewerb ausgesetzt.

Die Diskutanten im Netz nutzen bislang die vorgestanzte öffentliche Meinung, um im politischen Raum navigieren zu können, also bedienen sie sich dessen, was in den tradierten Medienangeboten zu finden ist. Die Vorstellung des fluiden Ressourcengebrauchs, der Kostenlosigkeit und das Wegklicken der Bezahlangebote führt zu einem Problem der permanenten Ausbeutung der traditionellen Presse und des strukturellen Wettbewerbsnachteils auch gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der soeben seine Gebührenfinanzierung auf ein neues Standbein weg vom sich gebührentechnisch unangenehm transformierenden Gerät hin zum beständigeren Haushalt verlagert hat. Die Demokratie als die Summe des Wollens und Wissens der Bürger wird die Presse schätzen und bezahlen müssen, wenn sie nicht mit einem anarchischer werdenden öffentlichen Raum leben will, der Zufälligkeit, Emotionalisierung und Zersplitterung der Perspektiven auch in Wahlen in Kauf nehmen will.

Wenn es aber der Presse, die schon öfter totgesagt wurde, gelingt, auch bei Sturm an Deck zu bleiben, könnte sich eine der Demokratie durchaus förderliche Meinungspluralisierung ergeben, die den bleiernen Vorschriften der *opinio communis* eine Nase dreht. Aber in diesem keineswegs unwahrscheinlichen günstigen Fall einer konstruktiven Koexistenz und Verbindung von alten und neuen Informationsmedien würden wir dennoch auf ein Problem stoßen. Die europäische Demokratie des 21. Jahrhunderts hat sich ihrerseits so verändert, dass sie einer medialen

¹⁹ Ramón Reicher, *Amateure im Netz. Selbstmanagement und Wissenstechnik im Web 2.0*, 2008, S. 210.

²⁰ Iris Wegner, *Schwarmintelligenz – Internet der Dinge: Ein Vergleich des Verhaltens von Ameisen innerhalb ihrer Population mit den Konzepten moderner Logistik*, 2012.

Einheitsfiktion und Einheitskonstruktion kaum noch entsprechen kann. Die Kopplung politischer, wirtschaftlicher, moralischer und wissenschaftlicher Rationalität, die überstaatliche Vernetzung, ist so weit vorangeschritten, dass Politik sich auf der Agora gar nicht mehr als darstellbar erweisen könnte. Gegenüber vernetzter Politik hilft dann auch nicht das digitale Netz, wo schon der professionelle Journalismus erhebliche Probleme hat, dem zu folgen, was die verhandelnden Exekutiven und die sie treibenden Sachzwänge eigentlich beschließen.²¹

Man wird deshalb nicht nur fragen, ob „öffentliche“ Meinung bei einer Einebnung des Unterschiedes von privat und öffentlich möglich bleibt.²² Man müsste auch kritisch nachfragen, wie die öffentliche Meinung auf den Wandel „des Politischen“ reagiert. Der politische Journalismus selbst hält an dem seit *Edward Burke* formulierten Begriff der „*general opinion*“, der später zur „*public opinion*“ wurde²³, an einer Aufklärungsgeste fest, die aber kategorial auch im kritischen Impetus national verhaftet bleibt. Wenn das Geschehen sich internationalisiert und die kritische Beobachtung eher national bleibt, entsteht ein Defizit an Information und an Herrschaftskritik, und zwar schon weil in einer azentrischer werdenden Welt keine Einigkeit besteht, wo eigentlich die ausschlaggebende Herrschaft sitzt: In der jeweiligen Bundesregierung, in der Brüsseler Kommission, in Sachverständigenräten, in höheren Konzernetagen, bei Gewerkschaftsführern, in der Bilderherrschaft des Fernsehens oder in den Begriffsfabriken der Intellektuellen? Und müsste man nicht gerade auch, was ein besonderes praktisches Problem wäre, die Akteure der öffentlichen Meinung selbst – Verleger, Redakteure, Kritiker, Autoren, Sachverständige – als Träger von Herrschaft kritisch beobachten? Moral ist dann häufig ein Mechanismus zur Reduktion von Komplexität: Ich richte, bevor ich den Sachverhalt kenne und gehe zum nächsten Thema, bevor die schwierige Wirklichkeit mich einholt.

IV.

Der politischen öffentlichen Meinung fehlt es im überstaatlich und exekutiv vernetzten Herrschaftssystem am fassbaren Gegner. Wie angenehm war die Welt, als die bürgerliche öffentliche Meinung noch Monarchen, den Hof und die Fürsten ins Visier nehmen konnten, wie leicht hatte es eine sozialistische Gegenöffentlichkeit, als die Gesellschaft noch als Klassenherrschaft der Bourgeoisie gelten konnte. Zur Aufklärung nach traditionellem Verständnis braucht man einen Gegner von gesellschaftlicher Größe, der zudem ein Arkanum hütet. Wer soll das heute noch sein? Die Bundesregierung und jede Landesregierung, aber auch der Rat der Europäischen Union oder die Kommission wirken doch immer mehr wie allenfalls heimlich Treibende, vor allem aber als Getriebene, die sich fortlaufend mit Sachnotwendigkeiten wie der Haushaltskonsolidierung, dem Bild der öffentlichen Meinung und ihrer eigenen Machtsicherung herumschlagen müssen. Die großen Wirtschaftsunternehmen bieten sich als Ersatz an, aber wer weiß schon, wer sie sind, wenn man nach den Eigentümern fragt? Wer überschaut schon ihr globales Netz von Produktion und Distribution und wer kann über die Tatsache hinwegsehen, dass sie nicht das Zentrum der Gesellschaft sein können, auf das sich das moralische und sachliche Urteil der öffentlichen Meinung zu richten hat? Und natürlich führt auch die Selbstaufklärung über die Deutungsmacht der Medien zu nichts, außer einem die Geister verwirrenden Kurzschluss zwischen Subjekt und Objekt.

Bestehen schon in der Sache, über die berichtet und räsoniert wird, Probleme, so verschärfen sie sich noch, wenn man an das Publikum denkt. Denn öffentliche Meinung setzt einen überwiegend zwar schweigsamen, aber doch kritisch rezipierenden Partner voraus: Der Gerichtshof der Vernunft, an den alle Advokaten appellieren: Das ist der Leser, die Nutzerin, das sind die Zuschauer. Aber was geschieht mit ihnen in der widersprüchlichen Gleichzeitigkeit von

²¹ *Philipp Genschel/Bernhard Zangl*, Metamorphosen des Staates – vom Herrschaftsmonopolisten zum Herrschaftsmanager, in: *Leviathan*, Heft 36/3 (2008), S. 430-454.

²² *Richard Sennett*, Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität, 1986.

²³ *Habermas*, Strukturwandel der Öffentlichkeit, S. 117 ff.

Individualisierung und wachsender Konformität, der gesellschaftlichen Ökonomisierung und kulturellen Fragmentierung? Bürger im Sinne des gebildeten, öffentlich interessierten, selbstbewussten, dem Gemeinwohl und seinen Freiheitsvoraussetzungen besonders zugewandten Menschen: Gibt es die überhaupt noch? Sind wir nicht inzwischen alle zu schutzbedürftigen Verbrauchern, Stimmungswählern und zu einem Mikroelement von Einschaltquoten degeneriert? Sind nicht Infotainment²⁴ und Sonderberichte der Nachrichtenredaktionen über einen heißen oder verregneten Juli oder einen besonders milden Winter nur Ausdruck einer Veränderung des Publikums, seiner Vorlieben, seines Horizonts? Und ist nicht genau das eingetreten, wovor die Kulturpessimisten von *Nietzsche*²⁵ bis *Adorno*²⁶ immer gewarnt haben: Die Herrschaft eines Massengeschmacks, der alle Institutionen der bürgerlichen Welt wegfegt?

Ich glaube, das ist in seinem kulturpessimistischen und elitären Grundton so nicht richtig, weist aber dennoch auf ein Problem hin. Für die Erhaltung der strukturellen Kopplung von öffentlicher Meinung und Demokratie, von Demokratie und öffentlicher Meinung, ist an einer zentralen Schaltstelle Anstrengung nötig und das ist die Veränderung der Alltagskultur und der Informations- und Meinungskompetenz der Menschen. Es ist nicht das Internet als technischer Raum, das die Institutionen der modernen Demokratie bedroht. Es ist das Erlahmen unserer Erziehungs- und Bildungsanstrengungen. Wir reden in Deutschland, in Europa, in den Staaten des Westens, in den Gremien der OECD ununterbrochen über Bildung. Aber wir reden nie über die Inhalte der Bildung und ihre Verbindung zur Erziehung und zu alltagsweltlichen Erfahrungen. Wir reden nie über den eigentlichen Impetus der Bildung, wie er seit der Renaissance besteht, nämlich den Menschen durch Bildung über sich hinaus zu führen. Es geht um die Förderung selbstexpansiver Tugenden, um das Gelingen der freien Entfaltung der Persönlichkeit in eigener Verantwortung, die immer auch den souveränen Umgang mit den technischen Möglichkeiten der jeweiligen Gegenwart voraussetzt. Wenn junge Menschen zu sozialtechnisch verwalteten, von Förderprogrammen umhегten und als Anspruchsinhaber konstituierten Existenzen unmündig gemacht werden, hat die freie Gesellschaft keine Zukunft. Es geht darum, von jungen Menschen zu verlangen und sie instand zu setzen, eigenwillige Persönlichkeiten zu werden, die in einer fluiden technischen, sozialen und politischen Umwelt ihre Identität konstant halten und Ziele erreichen, die also als selbstbewusste, entscheidungsfähige Persönlichkeit immer wieder neu wachsen. Wenn das gelingt, dann werden wir junge Leute erleben, die völlig souverän mit neuen Medien umgehen und die auch wieder vermehrt auf gedruckte, anspruchsvolle Medien zurückgreifen, weil ihnen nicht reicht, was sie bei *Google News* als abgeschöpften Rahm und Appetizer serviert bekommen. Sie lesen dann vielleicht doch wieder nach, während sie zugleich in Netzwerken präsent sind, *YouTube* nutzen oder sich Talkshows ansehen. Nicht der Couch-Potato fördert das Gelingen der demokratischen Gesellschaft, sondern diejenigen, die es gewohnt sind, mit allen Informationszugängen umzugehen. Auf den Wandel der Öffentlichkeit kann der Staat regulativ nicht allzu viel ausrichten. Es kommt hier beispielsweise darauf an, die Stützpfeiler der öffentlichen Meinungsbildung, die Presse in einem Verdrängungswettbewerb nicht untergehen zu lassen. Aber entscheidend wird sein, die Erziehung und Bildung auf die couragierte, selbstverantwortliche und gleichberechtigte Persönlichkeit auszurichten, so wie es das Grundgesetz normativ entwirft.

²⁴ Moritz Klöppel, Infotainment. Zwischen Bildungsanspruch und Publikumserwartung. Wie unterhaltsam darf Information sein?, 2008.

²⁵ Kurt Braatz, Friedrich Nietzsche – Eine Studie zur Theorie der Öffentlichen Meinung, 1988, S. 22.

²⁶ Theodor Wiesengrund Adorno/Max Horkheimer, Dialektik der Aufklärung, 1988.